

Im Osten nichts Neues – keine neuen Lösungen für Chinas alte Probleme

ZUM 3. PLENUM DES 11. CHINESISCHEN NATIONALEN VOLKSKONGRESSSES (NVK)

Obwohl China trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum von 8,7% erreicht hat, warnte Ministerpräsident Wen Jiabao während des diesjährigen Plenums des NVK vor den Gefahren, die Chinas nationaler Stabilität drohten. Wen sprach von einem wirtschaftlich höchst komplizierten Jahr 2010, welches die chinesische Wirtschaft zu erwarten habe: Die Krise sei noch nicht überwunden. Die Abhängigkeit vom Export und Überkapazitäten stellten Herausforderungen für die Volkswirtschaft dar. Korruption und steigende Preise seien die größten Risiken für die Stabilität der Gesellschaft.

Onlinebefragungen sind für die Regierung in Peking zu einem willkommenen Instrument geworden, die Stimmungslage des Volkes zu überprüfen. Statt Wahlkampf und direkten Parlamentswahlen bedient sich die Regierung des Internets, um ein Bild von der Lage der Nation zu erhalten. So stellte sich Hu Jintao vor Beginn des NVK online den Fragen (ausgewählter) Bürger. Eine china-weite Internetbefragung förderte – wenig überraschend – folgende Themen als Priorität für die Politik im nächsten Jahr zutage: Reform des Gesundheitswesens, Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit, gerechtere Einkommensverteilung, Eindämmung der Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Wohnungsmangel, Chancengleichheit im Bildungswesen

sowie den Ausbau des landesweiten Sozialversicherungssystems.¹

In einer anderen Umfrage von www.people.com.cn, einem der wichtigsten Nachrichtenportale Chinas, beklagten annähernd 70% der Bürger, dass Korruption seit Jahren unverändert das dringendste Problem sei. Sie forderten ein Gesetz, das Funktionäre zwingt, ihre Einkommensverhältnisse offen zu legen.

Korruptionsproblematik hat höchste Priorität

2010 ist das dritte Jahr in Folge, in dem die Korruptionsproblematik oberste Priorität beim NVK hat. Wie auch in den vergangenen Jahren wurde im Vorfeld des Plenums hart gegen hohe Funktionäre vorgegangen, die sich der Bestechlichkeit schuldig gemacht haben. So wurde beispielsweise Huang Songyou, ehemaliger Vizepräsident des Obersten Volksgerichtshofes, im Januar wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 3,9 Millionen RMB zu lebenslanger Haft verurteilt. Huang ist der erste Rechtsfunktionär auf höchster Ebene, der der Korruption überführt wurde. Für einen landesweiten Skandal sorgte, dass kurz vor Beginn des NVK Tagebuchaufzeichnungen

¹ Vgl.

<http://english.peopledaily.com.cn/96528/96547/6605164.html>.

23. März 2010

www.kas.de/china

www.kas.de

eines Provinzbeamten im Internet auftauchen. Der Staatsdiener hatte detailliert sämtliche Schmiergeldzahlungen, Bankette und sexuelle Ausschweifungen während seiner Arbeitszeit aufgelistet.

In den vergangenen elf Monaten erhielt die Zentralkommission für Disziplinverfolgung der Kommunistischen Partei 1,3 Millionen Hinweise auf Korruptionsfälle, von welchen sich 140.000 erhärteten. 3.743 Funktionäre auf Landkreisebene oder darüber wurden bestraft.² Dabei dürfte es sich allerdings nur um die Spitze des Eisberges handeln – eine Entwicklung, die immer mehr Bürger zutiefst verärgert und das Vertrauen in Regierung und Beamte schwinden lässt. Bisher gibt es kein Gesetz, welches Staatsdiener in die Pflicht nimmt, ihre Nebeneinkommen offen zu legen. Nur eine interne Parteirichtlinie vom September letzten Jahres verpflichtet die Beamten, ihr gesamtes Einkommen, Grundbesitz und Investitionen sowie die Einkünfte von Ehegatten und Kindern bekannt zu geben. Peking will erst dann über einen Gesetzesentwurf nachdenken, falls sich die Implementierung der Richtlinie als wirkungslos erweisen sollte. Ma Wen, Ministerin für Dienstaufsicht, gestand ein, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen der Regierung die Erwartungen der Bevölkerung sehr wahrscheinlich enttäuschen würden. Es sei allerdings nur ein schrittweises Vorgehen möglich, so Ma.³

Vorgegangen ist die Regierung im Vorfeld des NVK nicht nur gegen korrupte schwarze Schafe aus den eigenen Reihen, sondern auch gegen Dissidenten und Petenten in Peking. So berichtete die South China Morning Post, dass die Anti-Abtreibungsaktivistin Mao Hengfeng in Verwahrungshaft genommen und in ihre Heimatstadt Shanghai zurückgesandt wurde. Sie hatte am 25. Dezember 2009 vor einem Pekinger Gericht

gegen die Verurteilung des Menschenrechtsaktivisten Liu Xiaobo protestiert. Der christlich geprägte Rechtswissenschaftler Fan Yafeng hatte Ende Februar von der Polizei den Befehl erhalten, ein Seminar über die Politik Chinas abzusagen. Andere Dissidenten und Petenten wurden mit der Begründung, "die Sicherheit des NVK" müsse gewährleistet werden, aus Peking ausgewiesen, so das Hongkonger Blatt.

Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen

Auf dem Programm des NVK standen auch in diesem Jahr vorrangig wirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahmen. Peking plant die Kreditvergabe durch die Banken in diesem Jahr stark einzuschränken. Ziel ist es, insbesondere das Kreditvolumen für den Bau und Immobiliensektor zu drosseln sowie die Zunahme der Geldmenge zu limitieren. Im vergangenen Jahr vergaben chinesische Banken Kredite mit einer Rekordsumme von 9,6 Billionen Renminbi.⁴ 2010 soll die Kreditsumme 7,5 Billionen nicht übersteigen. Auch das wirtschaftliche Wachstum soll begrenzt werden, um weitere Überkapazitäten zu vermeiden – von 8,7% 2009 auf 8% im laufenden Jahr. Neue Bauprojekte, wichtiger Antrieb für das trotz Krise beachtliche Wachstum im letzten Jahr, könnten 2010 stark eingeschränkt werden. Gleichzeitig sollen die im letzten Jahr gestarteten Großprojekte, die durch das Konjunkturprogramm (insgesamt 4 Billionen Renminbi) weitergeführt werden, um ein stabiles Wachstum zu garantieren.

Liu Mingkang der Vorsitzende der chinesischen Kommission für Bankenaufsicht verkündete, dass den Banken in Zukunft auferlegt würde, einen größeren Anteil ihres Eigenkapitals als Reserven zurückzulegen.⁵

² Vgl.: "Korruption verspricht heißes Thema zu werden", <http://german.china.org.cn>.

³ Vgl. "Officials will be pushed to disclose asset" von Zhu Zhe und Xie Yu, China Daily 12.03.2010.

⁴ Wechselkurs: 10 Yuan entsprechen 1,08 Euro (Stand März 2010)

⁵ Vgl.: "Beijing to tighten the credit tap" von Jane Cai und Cary Huang, South China Morning Post, 06.03.2010

23. März 2010

www.kas.de/china

www.kas.de

Gewohnt standhaft will Beijing bei seiner Wechselkurspolitik bleiben. Trotz internationaler Forderungen, den Renminbi aufzuwerten, erklärte Premier Wen Jiabao, der Kurs werde stabil bleiben.⁶

Prekäres Thema bleiben 2010 die stetig ansteigenden Wohnungspreise. Große Teile der städtischen Bevölkerung sind schon heute nicht mehr in der Lage, Wohnraum käuflich zu erwerben. Das eigene Apartment oder Haus wird in China jedoch als Grundvoraussetzung zur Familiengründung gesehen. Führende Wirtschaftswissenschaftler sprechen von einer drohenden gigantischen Blase des Immobilienmarktes. Jedoch werden bisher nur 40% der Wohnungskäufe über Kredite finanziert. Zudem will die Regierung die Kreditvergabe für Eigenheime in der Zukunft weiter einschränken.

Sozialpolitik

Zwar ist die Volksrepublik scheinbar gestärkt aus der globalen Wirtschaftskrise hervorgegangen, Chinas Regierung hat in der Krise aber das Risiko der Abhängigkeit vom Export klar erkannt. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, den Binnenkonsum anzukurbeln. Dies soll insbesondere der weitere Ausbau der sozialen Sicherungssysteme garantieren. Bisher sind nur rund zwanzig Prozent der Chinesen ausreichend krankens- und rentenversichert. Die Landbevölkerung ist meist gar nicht oder nur unzureichend abgesichert und muss dementsprechend privat durch eigene Ersparnisse vorsorgen. Anfang 2009 hatte Peking den Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes vorgestellt. Der Gesetzesvorschlag sieht ein gleiches Recht für Land- und Stadtbevölkerung auf Renten-, Kranken-, Unfall-, Arbeitslosigkeits- und Mutterschaftsversicherung vor. Auch der Transfer von Sozialleistungen soll durch das neue Gesetz geregelt werden. Bisher kann

⁶ Möglicherweise wird es aber in absehbarer Zeit doch zu einer Aufwertung kommen, um die Geldmenge zu begrenzen und Inflationsgefahren einzudämmen; vgl. Financial Times Deutschland, Angst vor Preisblase, 05.03.2010.

eine Auszahlung nur am Ort der Einzahlung der Prämien geschehen. Dies benachteiligt die Wanderarbeiter, die sich als Landbewohner in der Stadt nicht registrieren lassen können (das landesweite Hukou-System teilt die Bevölkerung in registrierte Land- und Stadtbewohner auf). Häufig zahlen die Wanderarbeiter und ihre Arbeitgeber gar nicht in eine der in den Städten vorgeschriebenen Versicherungen ein. Sollten sie jedoch versichert sein, können sie die Leistungen an ihrem eigentlichen Wohnort oftmals nicht in Anspruch nehmen. Ein Großteil der Wanderarbeiter arbeitet gänzlich ohne Vertrag und hat so nicht die Möglichkeit seine Rechte einzuklagen. Wie viele andere chinesische Regelwerke droht auch ein neues Sozialversicherungsgesetz an der Implementierung zu scheitern. Gesetze garantieren in der Volksrepublik noch nicht zwingend die Rechte der Bürger. Der Weg zu einem chinesischen Rechtsstaat ist lang und steinig, auch wenn die Regierung in Peking die Vollendung des "Sozialistischen Rechtssystems chinesischer Prägung für 2010" ankündigt.

Der Rechenschaftsbericht der Regierung und der Haushalt für 2010, der ein Rekorddefizit von 1,05 Billionen Renminbi vorsieht, wurden von den rund 3.000 Delegierten erwartungsgemäß bestätigt. In seinem Regierungsbericht, der sich in diesem Jahr durch die starke Betonung populistischer Maßnahmen auszeichnete, kündigte Wen Jiabao dementsprechend Initiativen an, den stetig wachsenden Einkommensunterschied vermindern und die Gleichberechtigung von Land- und Stadtbevölkerung fördern zu wollen. Der "Wohlstandskuchen", so Wen, soll nicht nur größer werden, sondern auch gerechter verteilt werden. Die offizielle Arbeitslosenquote soll 2010 4,6% nicht übersteigen.⁷ Diese Versprechungen sind nicht neu. Die politische Führung spricht seit Jahren davon, die Einkommen der Bauern zu erhöhen. Stattdessen hat sich die Schere

⁷ Experten vermuten eine höhere versteckte Arbeitslosigkeit, da überflüssige Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten nicht Eingang in die Statistiken finden.

23. März 2010

www.kas.de/china

www.kas.de

fortlaufend weiter geöffnet. Chinas Gini-Koeffizient⁸ wird zurzeit mit 0,46 angegeben. 10% der städtischen Familien verfügen über 45% des Wohlstandes, die 10% der ärmsten Familien nur über 1,4 %.⁹ Würde man die ländlichen Haushalte mit in die Berechnung einbeziehen, so fielen der Unterschied noch höher aus.

Weitere Themen

Mit der Gesetzesnovelle zum **Wahlrecht** soll der Landbevölkerung, was den Anteil der Volksvertreter angeht, die gleichen Rechte wie der Stadtbevölkerung eingeräumt werden. Mehrere Gesetzesänderungen hatten das Repräsentantenverhältnis beider Gruppen bereits immer weiter angenähert und zuletzt 1995 auf 4:1 zu Ungunsten der von der Landbevölkerung gewählten Abgeordneten festgelegt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik soll durch die diesjährige Änderung eine ausgeglichene Delegiertenverteilung gewährleistet werden. Ob die nicht direkt gewählten Abgeordneten im Parlament dann tatsächlich die Meinung des Volkes vertreten, bleibt auch nach der Reform des Wahlgesetzes fraglich.

Den Einfluss monopolistischer Staatsunternehmen wird die jetzige politische Führung nicht eindämmen können. Die Verabschiedung des Anti-Monopol-Gesetzes 2008 hatte die **Staatsmonopole** nicht brechen können. Die vergangenen Jahre sahen vielmehr eine Stärkung der Staatsunternehmen. Manager und Angestellte staatlicher Unternehmen im Telekommunikations-, Energie- und anderer Sektoren verdienen heute ein Vielfaches der Gehälter von Mitarbeitern privater Betriebe in anderen Branchen. Mit der Unterstützung von Lokalregierungen und bevorzugter Kreditvergabe konnten

⁸ Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichverteilung des Einkommens innerhalb einer Bevölkerung. Er liegt in Deutschland gegenwärtig bei 0,29, in den USA bei 0,41.

⁹ Vgl.

<http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2008/index.htm>

Staatsunternehmen in jüngster Zeit ihre Vormachtstellung weiter ausbauen.

Die Tatsache, dass im Vorfeld des NVK die Verfasser eines gemeinschaftlichen Leitartikels 13 führender Tageszeitungen des Landes zur Rechenschaft gezogen wurden zeigt, dass trotz Onlineumfragen und Telefonhotlines mit dem Ministerpräsidenten, der Ruf nach fundamentalen Gesetzesänderungen immer noch von Partei und Regierung zu initiieren sind. Die Redakteure hatten gefordert, das Hukou-System abzuschaffen. Eine Forderung nach dem Recht der Niederlassungsfreiheit, welches weitreichende Änderungen in der chinesischen Gesellschaft zur Folge hätte. Der Artikel musste von den Webseiten der Zeitungen genommen werden. Eine Ausweitung der **Meinungs- und Pressefreiheit** sowie weitreichender politische Reformen wird in der Amtszeit von Hu Jintao und Wen nicht mehr zu erwarten sein. Hu und Wen werden ihre Parteiposten voraussichtlich im Jahr 2012 und ihre Regierungämter 2013 aufgeben. Als ihre Nachfolger gelten der Vizepräsident Xi Jinping und Vizepremierminister Li Keqiang. Für Spekulationen über die Zukunft Xi Jinpings hatte im September letzten Jahres die Tatsache gesorgt, dass er nicht zum Mitglied der Zentralen Militärkommission ernannt wurde. Hongkonger Medien sahen dies als Zeichen für Hu Jintaos Bestrebungen, das System der Parteinachfolge "demokratischer" zu gestalten und zu institutionalisieren.¹⁰ Andere Politikbeobachter vermuteten, Hu Jintao versuche im Politbüro seinen Intimus Li Keqiang für die Rolle des Präsidenten durchzusetzen.

Die **Minderheitenproblematik**, die im vergangenen Jahr ihren unrühmlichen Höhepunkt in einem Aufstand der muslimischen Uiguren in Urumqi, gefunden hatte, wurde mit einem massiven Investitionsplan für die Autonome Region Xinjiang thematisiert. Auch Tibet und die tibetisch bevölker-

¹⁰ Vgl. "The Preparation of Li Keqiang" von Alice Miller, <http://media.hoover.org/documents/CLM31AM.pdf>.

23. März 2010

www.kas.de/china

www.kas.de

ten Regionen anderer Provinzen sollen verstärkt wirtschaftliche Unterstützung erhalten. Ausschlaggebend für den Erfolg solcher politischer Maßnahmen wird sein, dass die Investitionen tatsächlich auch den Minderheiten zugute kommen. Bereits in der Vergangenheit hatte Peking vermehrt finanzielle Hilfen in die zurückgebliebenen Provinzen des Landesinneren fließen lassen. Vertreter der Minderheitenvölker kritisierten allerdings, dass diese vielmals nur dem Han-chinesischen Teil der Bevölkerung zugute kam.

Für das **Militär** sieht der neue Haushalt nur eine Steigerung um 7,5% vor – deutlich weniger als die zweistelligen Zuwachsraten der vergangenen Jahre. 2009 hatte die Erhöhung des offiziellen Verteidigungshaushaltes noch 14,9%, 2008 sogar 17,5% betragen. Die deutlich gekappte Zuwachsrate kommt zu einer Zeit, in der der Machtgewinn der Volksrepublik von der internationalen Gemeinschaft genauestens beobachtet wird. Allerdings untersteht die Volksbefreiungsarmee nicht Regierung und Parlament, sondern der Kommunistischen Partei.

Außenminister Yang Jiechi verteidigte im Rahmen der NVK-Tagung das gestiegene Selbstbewusstsein der Volksrepublik. Das Land war Ende 2009 vermehrt in die Kritik durch den Westen geraten. Dazu trugen Chinas widerstrebende Haltung sich in Kopenhagen zur Einschränkung seines CO₂-Ausstoßes pro Kopf zu verpflichten, ebenso wie die Verurteilung Liu Xiaobos und die Hinrichtung eines britischen Staatsbürgers bei. Yang sagte, dass China seinen wachsenden **internationalen Einfluss** ausschließlich dazu nutzen wolle, die Kerninteressen des Landes zu schützen. Zuletzt hatte es mit den USA ernsthafte Verstimmungen über geplante Waffenlieferungen an Taiwan, den Protest des Internetriesen Google gegen chinesische Zensurauflagen und den Empfang des Dalai Lama durch Präsident Obama gegeben. Der Westen könne seine traditionellen Maßstäbe nicht auf China anwenden, so Yang. Auf chinesische Tuschezeichnungen seien auch nicht die Standards der Ölmalerei anzuwenden. Die unterschiedliche Politik des Reichs der Mitte

sei ebenso wie die Kunst der Tuschemalerei von anderen kulturellen Maßstäben geprägt.

Zum Ende der Tagung gab Ministerpräsident Wen Jiabao seine alljährlich einzige Pressekonferenz. Er zeigt sich darin voller Hingabe für sein Land. Er liebe jeden Quadratzentimeter, jeden einzelnen Fluss, so Wen, und sei bereit „1000 Tode für China“ zu sterben. Ob das Vorbild des Ministerpräsidenten, für die Heimat, das eigene Leben geben zu wollen, die chinesischen Beamten zu mehr Ehrlichkeit und Aufopferung im Dienst am Volke anregen wird, bleibt im Angesicht der grassierenden Korruption mehr als fraglich.

Zudem bemühte sich der Regierungschef, die Sorgen des Auslandes gegenüber der aufstrebenden Weltmacht zu zerstreuen. China sei nicht bestrebt, sich zu einer Hegemonialmacht zu entwickeln, sondern verfolge eine „friedliche Entwicklung“ und wisse mit seiner internationalen Verantwortung umzugehen.

Insgesamt zeichneten sich die Äußerungen Wens, Hus und der anderen Mitglieder aus der chinesischen Führungsriege auf dem NVK durch viele Versprechungen und wenige konkrete Lösungsansätze aus. Eines haben aber arbeitsloser Universitätsabsolvent und vertragsloser Wanderarbeiter gemeinsam: Sie wollen eine konkrete Verbesserung ihrer Lebensumstände. Sollte es der Regierung in Peking trotz Rekordneuverschuldung nicht gelingen, die Bedürfnisse der Bevölkerung nach bezahlbaren Wohnungen, einer sozialen Absicherung für alle sowie mehr Chancengleichheit zu befriedigen, wird Peking mehr als nur patriotische Lyrik benötigen, um die „Seele des Riesenlandes“ zu beruhigen. Dies hat Wen erkannt und zeigte sich in seiner Presseerklärung als großer Mahner: Inflationsgefahr, eine sich konstant weiter öffnende Einkommensschere und die allgegenwärtige Korruption, so der Ministerpräsident könnten die Stabilität des Landes und sogar die Staatsmacht gefährden. Um eine Wiederwahl müssen sich aber weder Wen noch Hu Sorgen machen. Und so hinterlassen sie weitergehende politische Reformen ihren Nachfolgern, die hinter den Kulissen des NVK um die Macht kämpfen.

23. März 2010

www.kas.de/china

www.kas.de

Anhang:

2010 verabschiedete oder revidierte Gesetze:

- Sozialversicherungsgesetz
- Verwaltungsvollstreckungsgesetz
- Mehrwertsteuergesetz
- Schlichtungsgesetz
- Gesetz zur Umerziehung und Korrektur illegalen Verhaltens (betrifft die vom Ausland heftig kritisierten "Umerziehungslager")
- Gesetz zum Schutz des Naturerbes

2010 überprüfte Gesetze:

- Gesetz zur Abgeordnetenverteilung im Nationalen Volkskongress und Organgesetz der Dorfkomitees
- Verwaltungsaufsichtsgesetz
- Haushaltsgesetz
- Staatliches Abfindungsgesetz
- Forstwirtschaftsgesetz
- Wasser- und Bodenschutzgesetz
- Gesetz zur Vorbeugung von Berufskrankheiten

Arbeitsberichte:

- Umsetzung des zentralen Haushalts erste Hälfte 2010
- Rechnungsprüfungsbericht
- Bericht zur Entwicklung des Dienstleistungssektors und des Kulturwesens
- Nationale Lebensmittelsicherheit
- Bericht zur Reform des Gesundheitswesens
- Berichterstattung zur Verbesserung der Lage der Bauern und Wanderarbeiter
- Bericht zur Lage der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der nationalen Minderheiten und der Minderheitengebiete
- Bericht zur Verkehrssicherheit